

## LANDTAG

## Rosinenpicken unerwünscht

VADUZ – «Wenn alle Regierungen diesen Richtlinien einfach zustimmen, dann merkt die EU ja nie, was für einen Blödsinn sie produziert!», witterte Donath Oehri (VU) gegen die Umsetzung der Richtlinie des Europäischen Parlamentes über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme. Gemäss Richtlinie müssten dann all diejenigen Pläne und Programme, welche von einer Behörde auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene ausgearbeitet und/oder angenommen würden, einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterstellt werden, sofern diese voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen hätten. Einige Abgeordnete befürchteten deshalb, dass beispielsweise das Gesamtkonzept Malbun unter diese Richtlinie fallen würde und eine zusätzliche UVP angeordnet werden müsste, was wiederum hohe Mehrkosten verursachen würde. Elmar Kindle (FBP) betonte, dass für ihn diese Richtlinie schlicht und einfach nicht grössenverträglich sei, in Liechtenstein würden ja schliesslich keine Flughäfen, Atom- oder Wasserkraftwerke gebaut. Bei uns gebe es überhaupt keine Projekte, die der Umwelt wirklich schaden würden.

Regierungsrat Alois Ospelt beschwichtigte: «Dieses Instrument hat den Zweck einen Plan zu optimieren, dies im Sinne der Nachhaltigkeit». So könne man vielleicht auch schon in der Planungsphase Defizite aufdecken und wiederum Folgekosten vermeiden. Allerdings, gab Alois Ospelt zu, dass es in der Tat schwierig sei, den Mehraufwand, der wegen der Richtlinie auf die Landesverwaltung zurollt, abzuschätzen. Allerdings sei dieser sicher nicht zu unterschätzen.

## Wer A sagt...

«Wer keinen zusätzlichen Aufwand verursachen will, darf der Übernahme nicht zustimmen, und sollte dies dann am Besten gleich selbst mit der Überwachungsbehörde der ESA besprechen», meinte Wendelin Lampert (FBP) ironisch. Allerdings würden die Diskussionsargumente äusserst dürftig ausfallen. Wer A sage müsse halt auch B sagen, so seine Schlussfolgerung. «Wir können nicht nur Rosinen aus dem EWR picken und den Rest den anderen überlassen.» Auch Regierungsrat Alois Ospelt wies darauf hin, dass die Verweigerung einer Richtlinie für das Land ungeahnte Konsequenzen haben könnte.

Mit 19 zu 6 Stimmen wurde der Antrag am Ende der Debatte vom Landtag gutgeheissen. (dom)

## «Abenteuer Lie-Comtel»

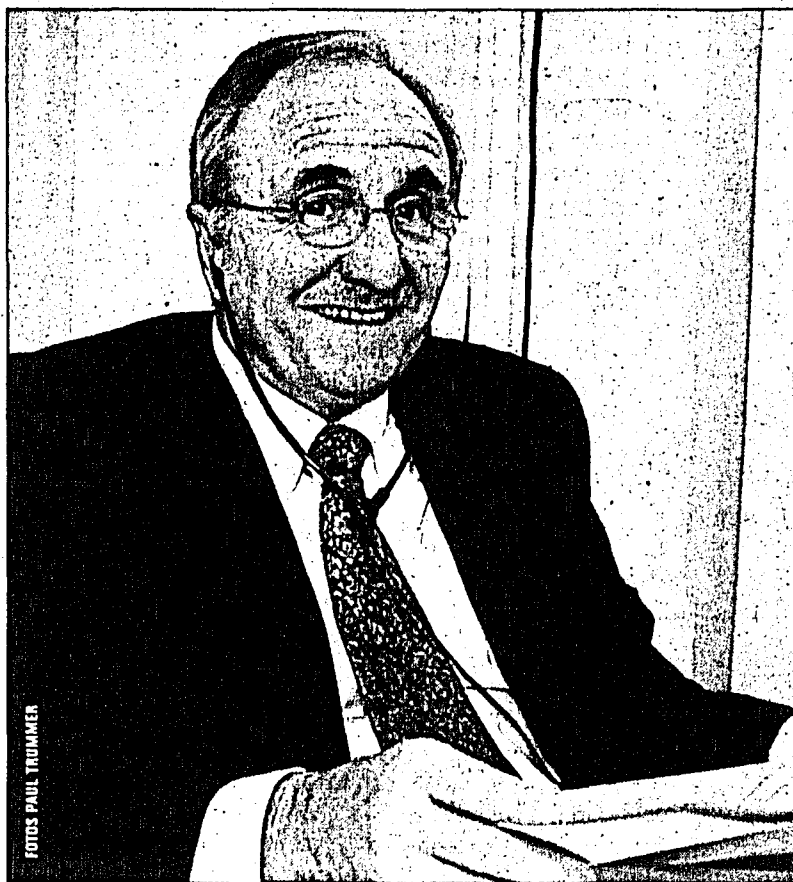
## Debatte um LKW-Voranschlag – Lie-Comtel belastet Jahresabschluss

VADUZ – Die Liechtensteinischen Kraftwerke (LKW) und ihr «Sorgenkind», die Lie-Comtel, waren gestern wieder einmal Gegenstand einer Landtagsdebatte. Schlussendlich wurde der Voranschlag 2003 der LKW vom Landtag angenommen.

• Wolfgang Zechner

Das Thema LKW gilt im Landtag bereits seit geraumer Zeit als «Dauerbrenner». Die hervorragende Arbeit, welche die LKW und ihre Mitarbeiter für das Land leisten, scheint dabei manchmal ein wenig ins Hintertreffen zu geraten. Vor allem die angedachte Privatisierung der LKW sowie das defizitäre Tochterunternehmen Lie-Comtel sorgen immer wieder für Diskussionen unter den Abgeordneten.

Auch gestern das gewohnte Bild: Auf der Tagesordnung stand eigentlich der Voranschlag 2003 der LKW. Ein Voranschlag, der bereits im offiziellen Text den «Mühlstein» Lie-Comtel zentral zum Thema hat. So steht bereits in den einleitenden Worten zu lesen, dass «infolge der schwierigen finanziellen Situation der Lie-Comtel AG die Ausgestaltung des Jahresabschlusses 2002 der Lie-Comtel AG und der LKW wesentlichen Einfluss auf die Budgets 2003 hat». Zudem konnte eine Überschuldung der Lie-Comtel im Jahr 2002 nur mit einem erheblichen finanziellen Aufwand knapp vermieden werden. FBP-Abgeordneter Adrian Hasler brachte die finanzielle Misere gestern auf dem Punkt: «Die Lie-Comtel weist bereits einen Verlustvortrag von knapp 3 Mio. Franken aus. Im Geschäftsjahr 2002 wird mit einem weiteren Verlust von 3,6 Millionen Franken gerechnet. Zudem ist aufgrund jüngster Entwicklungen im Telekommunikationsbereich eine Abwertung der Netze um 3 Mio. Franken notwendig.» Hasler sprach angesichts dieser Zahlen vom «Abenteuer Lie-Comtel».



Stichwort Privatisierung: Laut Regierungsrat Hansjörg Frick hat die Vernehmlassung Einwände zu Tage gebracht, die geprüft und in Betracht gezogen werden.



FBP-Abgeordneter Adrian Hasler sprach gestern im Landtag wörtlich vom «Abenteuer Lie-Comtel».

Dennoch sprach sich Hasler für das vorgelegte Budget 2003 aus: «Trotz des budgetierten Unternehmensverlustes von 0,8 Millionen Franken ist für mich erkennbar, dass die LKW nach wie vor ein gesundes Unternehmen sind. Ich möchte jedoch ausdrücklich davor warnen, die Thematik Lie-Comtel zu unterschätzen. Hierzu ist anzumerken, dass die LKW zur Finanzierung ihrer «teuren Tochter» eine Bürgschaftsverpflichtung bei der LLB in der Höhe von 15,6 Millionen Franken eingegangen ist. Als entsprechende Sicherstellung werden aber die Netze der Lie-Comtel AG an die LKW verpfändet.

## Knackpunkt Privatisierung

Vor fast genau einem Jahr hatte die Regierung bekanntlich die Überführung der LKW Anstalt in eine Aktiengesellschaft grundsätzlich befürwortet. Nun sieht die Regierung aber von einer Umwandlung der LKW in eine privatrechtliche Aktiengesellschaft auf Ende des Jahres 2002 ab.

Laut Regierungsrat Hansjörg Frick habe die Vernehmlassung Einwände zu Tage gebracht, die geprüft und in Betracht gezogen werden. Zudem sei sein Amt derzeit «voll ausgelastet» und das Thema «Umwandlung der LKW» sei vorerst auf Kosten verschiedener anderer Projekte zurückgestellt worden. Als die VU-Abgeordnete Dorothee Laternser daran Anstoss nahm und der Regierung eine Meinungsänderung vorwarf, konterte der FBP-Abgeordnete Rudolf Lampert süssfisant: «Jetzt werfen Sie der Regierung also auch noch vor, dass sie die Ergebnisse der Vernehmlassung ernst nimmt?»

Dem Voranschlag 2003 wurde schliesslich vom Landtag die Zustimmung erteilt. Der stv. VU-Abgeordnete Alexander Marxer fand dann auch noch sehr versöhnliche Worte: als Kunde der LKW möchte ich mich auch einmal dafür bedanken, dass die Strompreise gesenkt wurden.»

## Landtag gab Gas

## Gasversorgung mit Überschuss

Einstimmig wurde gestern im Landtag der Voranschlag 2003 der Liechtensteinischen Gasversorgung angenommen.

• Wolfgang Zechner

Der Voranschlag der Liechtensteinischen Gasversorgung (LGV) für das Jahr 2003 weist in der Laufenden Rechnung bei Gesamterträgen von 15,050 Mio. (Gasverkäufe inkl. Anschlussgebühren) und Gesamtausgaben in Höhe von 12,310 Mio. ein Bruttoergebnis (Cashflow) von 2,740 Mio. Franken aus.

Nach Vornahme von Abschreibungen im Ausmass von 1 Mio. Franken resultiert ein Einnahmenüberschuss von 1,740 Mio. Franken. Für das laufende Geschäftsjahr 2002 wird ein Gewinn von 1,9 Mio. Franken erwartet. Die budgetierten Überschüsse werden ausschliesslich zur teilweisen Deckung des Verlustvortrages verwendet, der sich bis

Ende 2003 auf rund 20,5 Mio. Franken reduzieren dürfte.

Gemäss Betriebsvoranschlag will die Gasversorgung im kommenden Jahr normale Investitionen in Höhe von 2 Mio. Franken tätigen, wovon rund 1,6 Mio. Franken in den weiteren Ausbau der Ortsnetze fliessen. Ausserdem sind Sonderinvestitionen von 0,9 Mio. Franken im Hochdrucknetz-Bereich sowie von 150 000 Franken für ein Biogas-Projekt vorgesehen.

## «Fortführung steht ausser Zweifel»

Im Landtag sprach sich Regierungsrat Hansjörg Frick gestern vor allem für das Prinzip der Biogas-Anlagen aus. «Die benötigten Investitionen sind beim Biogas weitaus geringer als bei anderen Energiegewinnungsanlagen», so Frick.

«Eine Fortführung des Projekts steht ausser Zweifel», liess Frick die Abgeordneten wissen.

ANZEIGE

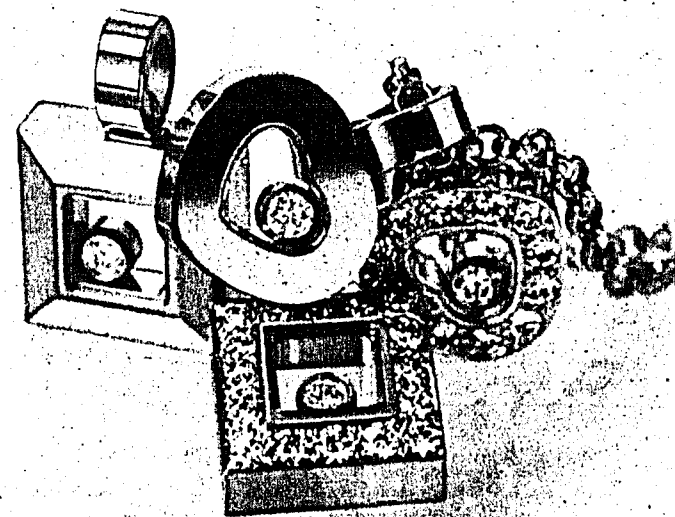
ANZEIGE

## Verfassungsinitiative Fürstenhaus

Lasst uns Liechtenstein vor einer Zukunft als «Richterstaat» bewahren!

Unterstützen Sie daher mit Ihrer Unterschrift die Verfassungsinitiative des Fürstenhauses.

Chopard



IM ZENTRUM DER KUNST  
HUBER  
UHRENSCHMUCK  
VADUZ • STÄDTLE • TEL. 423 / 237 14 1